

# NZZ am Sonntag

## Taiwan

### China sollte über die Bücher gehen

Alle Achtung! Zum dritten Mal in Folge - eine Landesbestmarke - haben die taiwanischen Stimmberechtigten den Kandidaten der Fortschrittspartei zum neuen Staatspräsidenten gewählt. Bei grosser Beteiligung sprachen sie sich damit deutlich dafür aus, die bisherige Abgrenzung gegenüber der Volksrepublik beizubehalten, die eine Wiedervereinigung als unvermeidlich bezeichnet. Und das inmitten wachsender Spannungen zwischen dem Verbündeten USA und China. Die rabiaten Versuche des chinesischen Regimes, die Taiwanerinnen und Taiwaner einzuschüchtern, liessen diese nicht einknicken. Wochenlang hatte Peking die Wahl zu einer Entscheidung über Krieg oder Frieden aufgeblasen. Den Kandidaten der Fortschrittspartei, den bisherigen Vizepräsidenten Lai Ching-te, verhöhnte es als gefährlichen Separatisten. Mit Kampfflugzeugen und Spionageballonen wurde die kleine Insel ständig massiv bedrängt. Die Botschaft war klar: Chinas rote Linie ist nicht erst eine Unabhängigkeitserklärung der Regierung in Taipeh - was dort niemand will. Es genügt bereits, für eine eigene, demokratische Identität einzustehen und Chinas Gebietsanspruch auf die Insel zurückzuweisen - so wie Lai dies tut. Peking sollte wohl über die Bücher gehen. Mit seiner Politik gewinnt es keine Herzen. *Victor Merten*

## 13. AHV-Rente

### Das unredliche Spiel mit der Altersarmut

Die Gewerkschaften erklären die Altersarmut kurzerhand zum Massenphänomen. Selbst Menschen aus dem Mittelstand mit einem durchschnittlichen Einkommen kämen im Ruhestand nicht mehr über die Runden, behaupten sie. Auf diese Weise wollen sie uns die Subventionierung der Senioren mit der Giesskanne - in Form einer 13. AHV-Rente - beliebt machen. Ist es umgekehrt aber so, dass nur eine Minderheit der Rentner bedürftig ist, dann ergibt es Sinn, diesen Betroffenen mit einer gezielten Erhöhung der Ergänzungsleistungen unter die Arme zu greifen. Was sagen die Fakten dazu? Die Rentner sind nicht nur die mit Abstand reichste Bevölkerungsgruppe. Im Schnitt können sie ihr Vermögen trotz Pensionierung sogar weiter ausbauen, wie eine Studie der Universität Genf zeigt. Ebenso ist die Armutsquote unter den Senioren tiefer als in der erwerbstätigen Bevölkerung. Dass die Gewerkschaften die Altersarmut trotzdem als Problem des Mittelstands darstellen, ist letztlich unsozial: Denn es fördert die ungerechte Umverteilung von der jungen zur alten Generation. Und es setzt die Not jener herab, welche effektiv mehr Mittel benötigen - inklusive der bedürftigen Rentner. *Albert Steck*

## New Work

### Alles klar? Uns auch nicht

No Worries! Falls Sie Issues mit dem Prinzip von New Work haben, dann hat Ihr Tribe-Leader wohl vergessen, Sie rechtzeitig zu onboarden. Das liegt am postheroischen Führungsstil. Aber nur weil der angestossene Change-Prozess Sie zu mehr Intrapreneur-Kultur empowern will, heisst das nicht, dass keine Hands-on-Mentalität mehr gefragt ist. Bis jetzt liess sich noch jeder Design-Thinking-Prozess mit der richtigen Dosis Gamification kickstarten. Das ist ein Quick Win. Best Practice in so einem Fall ist eine Fishbowl-Diskussion mit Ihren Peers. Wichtig ist einfach, die Kritik als Shit-Sandwich zu formulieren. Alles klar? Nein, uns auch nicht. Bei allem Verständnis für integrative Führungsstile und flache Hierarchien. Am meisten dient uns Angestellten, wenn man uns in Ruhe unsere Arbeit machen lässt. *Moritz Kaufmann*

## Chappatte



## Der externe Standpunkt

# Das Wunschdenken der Koalition behindert die Energiewende

Deutschlands Regierung ist gefangen in Narrativen, in denen die Klimawende nur mit Subventionen gelingt. Dabei gäbe es einfachere und wirksamere Mittel, **schreibt Christoph M. Schmidt**

Eine gern und häufig kolportierte Erzählung in Deutschland geht so: Nicht nur die Energiewende wird gelingen; vielmehr wird zugleich eine wirtschaftlich prosperierende Zukunft eingeleitet. Doch das bisherige Vorgehen, kleinteilig zu regulieren, tief in Entscheidungen von Unternehmen und Haushalten einzugreifen und massive Subventionen zu verteilen, ist nicht dazu geeignet, ein neues Wirtschaftswunder zu schaffen. Das jüngste Eingeständnis weiter Teile der Regierungsparteien, ohne eine Aufweichung der Schuldenbremse sei die Energiewende gefährdet, ist bester Beleg für die eigene Skepsis gegenüber dem Eintreten des Narrativs. Es ist höchste Zeit für einen Neustart der Energiewende.

In der Selbsteinschätzung der Regierung gelingt es ihr bis anhin bestens, Deutschland zu einem neuen Wirtschaftswunder zu führen. Daran hält sie trotz der immer sichtbarer werdenden wirtschaftlichen Wachstumsschwäche fest, das Kernproblem der mangelnden Attraktivität Deutschlands als Investitionsstandort scheint sie gar nicht wahrzunehmen. «Zukunftsinvestitionen» in die Ansiedelung von Unternehmen können nach Einschätzung des Kanzlers im globalen Wettbewerb ohnehin nur durch Einsatz gewaltiger Subventionen gelingen; dass ein Standort durch wettbewerbsfähige Unternehmenssteuern, schlanke Verwaltungsverfahren oder pragmatische Regulierung attraktiv gestaltet werden könnte, steht offenbar nicht zur Debatte.

Sehr deutlich hatte sich bereits bei der Diskussion um einen sogenannten Industriestrompreis für die energieintensive Industrie gezeigt, wie verfahren die Diskussion ist. Auch beim Werben für diese Subvention wurde ein blumiges Narrativ eingesetzt: Sie diene lediglich als Brücke in die bald durch den Ausbau der Erneuerbaren verwirklichte Zukunft niedriger Strompreise. Nach dem Erreichen dieses segensreichen Zeitpunktes warteten hohe Wachstumsaussichten,

nur könne die energieintensive Industrie diese kurze Zeit nicht ohne staatliche Hilfe überbrücken. Es drohe daher - nicht etwa aufgrund einer fehlgeleiteten Wirtschaftspolitik - eine Deindustrialisierung unserer Volkswirtschaft.

Doch es wird sich kaum ein Experte finden lassen, der diese rosige Zukunft niedriger Strompreise tatsächlich vorausagt. Vor allem: Wenn die Unternehmen und ihre Investoren tatsächlich erwarteten, dass es in absehbarer Zeit in Deutschland grosse Wachstumspotenziale zu heben gäbe, dann wären sie doch auf staatliche Überbrückungshilfe bis dahin erst gar nicht angewiesen. Im Gegenteil: Der Ruf nach der Subvention ist der beste Beweis dafür, wie wenig das Narrativ trägt, das ihr zugrunde liegt. Dass es dennoch kaum kritische Fragen gab, lag offenbar an der Verfügbarkeit eines reichhaltigen Finanzierungsreservoirs, des sogenannten Klima- und Transformationsfonds.

### Christoph M. Schmidt



Christoph M. Schmidt, 61, ist Präsident des «RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung» und Ökonomieprofessor an der Ruhr-Universität Bochum. Von 2009 bis 2020 war er Mitglied des deutschen Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, den er von 2013 an auch präsidierte.

Dies erschien wie die natürliche Fortsetzung des vorangegangenen Jahrzehnts, in dem Konflikte routiniert mit fiskalischen Mitteln übertüncht worden waren. Seit dem Urteil des deutschen Verfassungsgerichts vom 15. November 2023 zum Nachtragshaushalt 2021 hat sich diese Ausgangslage jedoch geändert. Es wurde zwar mittlerweile ein gesichtswahrender Kompromiss gefunden, und es hat sich das Offensichtliche gezeigt: Ein Verzicht auf andere Ausgaben erlaubt es, die geplanten klimapolitischen Ausgaben nach wie vor zu verwirklichen. Aber dabei sind massive Zielkonflikte zu lösen.

Unter diesem Eindruck werden weite Teile der Regierung nicht müde, auf eine Reform der Schuldenbremse zu drängen. Die Transformation zur Klimaneutralität, so die Botschaft, sei nur mit aufgeweichten Fiskalregeln hinzubekommen. Wo bleibt da der Anspruch, Deutschland zu einem Vorbild für eine ökologisch wie ökonomisch erfolgreiche Transformation zu machen? Dabei ist doch die Schuldenbremse gar nicht der Grund für den maroden öffentlichen Kapitalstock und das geringe Wachstumspotenzial der Volkswirtschaft. Die Ursache dafür sind vielmehr andere Hürden wie die lange Dauer von Genehmigungs- und Planungsverfahren.

Doch es gibt einen Ausweg, um Narrativ und Wirklichkeit miteinander in Einklang zu bringen. Erforderlich wäre dafür aber ein Neustart der Energiewende: Ein umfassender und ambitionierter CO<sub>2</sub>-Preis könnte im Zentrum einer Energiewende stehen, die von unternehmerischer Entscheidungsfreiheit und Technologieoffenheit geprägt ist. Private Akteure würden Treiber statt Getriebene des ökologischen Fortschritts. Es ist daher richtig, dass die Koalition den CO<sub>2</sub>-Preis nun doch etwas stärker als geplant angehoben hat. Jetzt müsste die Regierung nur noch etwas schaffen: den Hang zur Detailsteuerung abstreifen. Dann liesse sich das Narrativ einer nachhaltigen und bezahlbaren Transformation tatsächlich halten.